

JAHRESBERICHT 2004/2005

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen

Das vergangene Jahr war für die SP der Stadt Zürich ein gutes. Wir gewannen auf städtischer Ebene alle Abstimmungen, darunter als wichtige Neuerung die Unterstützung des Films. Die Weiterführung der Heroinabgabe oder der Neubau zweier Schulhäuser kamen mit mehr als Zweidrittelmehrheiten zustande – ohne dass die Partei sich besonders engagieren musste. Die Opposition der SVP spielt – mit Ausnahme der Ausländerpolitik – derzeit keine grosse Rolle. Ihr fehlt es an Argumenten und an Geld, um wirklich unbequem zu werden.

Das knappe Ja der Stadt Zürich zu den Sanierungsmassnahmen gibt in der Finanzpolitik – auch wenn dies nicht allen GenossInnen passt – ein nicht ganz zu ignorierendes Signal: Die linken WählerInnen wehren sich – wie dies in den eidgenössischen Abstimmungen deutlich zum Ausdruck kam – einerseits gegen einen klaren Sozial- und Staatsabbau. Andererseits betrachtet ein Teil von ihnen eine öffentliche Hand mit einem halbwegs ausgeglichenen Budget als ein wichtiges Anliegen. Ich möchte hier nur an die Abstimmungen in Winterthur erinnern. Sowohl bei der Kürzung der Beihilfen als auch bei der Kombination aus Lohnreduktion und Steuerfuss-Anhebung gab es jeweils knappe Mehrheiten. Diese Mehrheiten kamen auch in den linken Stadtkreisen zustande.

Die politischen Schlussfolgerungen liegen für mich eigentlich auf der Hand:

Viele SP-WählerInnen wehren sich für einen sozialen Staat, der bei seinen Infrastrukturleistungen nicht knausert. Aber sie akzeptieren Sparmassnahmen, wenn die Opfer nicht einseitig verteilt und wenn die Sparmassnahmen auch wirklich nötig sind. Die SP kann nicht einfach einen Anti-Sparkurs fahren, und sie sollte sich hüten, sich in Abstimmungskämpfe mit unrealistischen Chancen drängen zu lassen.

In der Stadt sind diese Überlegungen dank der guten Budgetdisziplin und einer aktiven Finanzpolitik derzeit zum Glück nicht so brennend. Die Rechnung 2004 ist ausgeglichen, im Jahre 2005 wird das Defizit (wenn überhaupt) sicher nicht so gross sein, dass das Eigenkapital von einer halben Milliarde Franken ernsthaft angeknabbert wird. Der Zustand der Stadtfinanzen ist derzeit so gut, dass ein Ausbau von Infrastrukturen (etwa die ausserfamiliäre Kinderbetreuung) nicht mehr allein mit dem Hinweis auf die Finanzsituation bekämpft werden kann. Das schafft genau jenen finanziellen Spielraum, um den wir mit einigen nicht immer beliebten Sparmassnahmen gekämpft haben.

Wichtige Abstimmungen

Der 5. Juni 2005 ist in der Tat so etwas wie ein Superabstimmungssonntag. Ein Tag im positiven Sinne und darum auch ein schwierigerer Tag. Es geht um viele Ja, die für uns emotional wichtig sind. In der Stadt um ein Ja zur ausserfamiliären

Kinderbetreuung. Mit diesem Ja wären wir meines Wissens die erste Stadt in der Deutschschweiz, die ein Recht auf eine Kinderbetreuung unter fixierten finanziellen Bedingungen garantiert. Im Kanton geht es um ein Ja zur Volksschulreform. Auch wenn dieses Ja für uns in der Stadt nur einer Garantie des Ist-Zustandes gleichkommt, spielt es für die Bildung im Kanton eine grosse Rolle. Und im Bund geht es um die Öffnung zu Europa und – fast noch entscheidender – um die gesellschaftliche Anerkennung der Homosexualität. Was alle diese Vorlagen auszeichnet, ist die Mischung aus sozialem Recht und Öffnung. Damit sind zwei sehr wichtige Aspekte der SP-Politik angesprochen. Die individuelle Freiheit und die Weltoffenheit, die mit sozialer Sicherheit so verbunden sind, dass sie für alle gelten.

Gute Ausgangslage

Unsere vier StadträtInnen Elmar Ledergerber als Präsident, Esther Maurer, Robert Neukomm und Martin Waser treten – die Zustimmung der Delegierten vorausgesetzt – nochmals zu den Wahlen an. Man kann mit guten Gründen davon ausgehen, dass – vorausgesetzt es geschieht nichts Ausserordentliches – ihre Wiederwahl kaum gefährdet ist. Wir stehen damit als Partei zum ersten Mal seit langem vor der Situation, dass es in erster Linie darum geht, die WählerInnen davon zu überzeugen, SP-GemeinderätIn-

Bitte umblättern



Koni Loepfe

nen in grosser Zahl zu wählen. Der neue Wahlmodus bevorzugt die grossen Parteien zumindest arithmetisch nicht mehr. Die drei bis vier Gemeinderatssitze, die uns als grosser Partei mit dem Proporzglück zufielen, müssen wir nun mit zusätzlichen WählerInnenstimmen erringen. Von der politischen Grundstimmung her dürfte dies sehr gut möglich sein. Unser mögliches Hauptproblem: Wie bringen wir alle jene an die Urne, die mit der Politik der SP-Stadt- und GemeinderätInnen und erst noch mit jener der Partei zufrieden sind? Die Differenz zwischen all jenen, die uns im Prinzip gut finden, und jenen, die uns dann wirklich wählen, ist bei uns grösser als bei allen anderen Parteien. In Zahlen: Um die 50 Prozent geben uns in den Umfragen als Lieblingspartei an. Unser Ziel für die Wahlen im nächsten Frühling lautet bescheiden-unbescheiden 40 Prozent WählerInnenanteil.

Wir sind derzeit, realistisch ausgedrückt, erfolgreich. Legen wir beim Kämpfen (etwa darum, dass die Schere zwischen reich und arm und/oder zwischen Lohnerwerbenden und Erwerbslosen nicht noch grösser wird) noch zu, könnte der nächste Frühling für uns sehr gut werden.

Koni Loepfe

Präsident der SP der Stadt Zürich

Jahresberichte aus den Parteigremien

Geschäftsleitung

Im Jahr 2004 traten Eva Gerber, Emanuel Wyler und Emy Lalli aus der Geschäftsleitung zurück. Neu wurden an der Delegiertenversammlung Esther Weibel SP11, Min Li Marti SP5 und Sarah Müller SP7 in die Geschäftsleitung gewählt. Am 19. Mai 2004 fand die konstituierende Sitzung statt, anlässlich derer Beatrice Reimann und Esther Weibel als Vizepräsidentinnen gewählt wurden. An der Retraite der Geschäftsleitung im September wurden folgende Schwerpunktthemen festgelegt: Stadtentwicklung, Werte, Familienpolitik, Umweltpolitik, Wahlen 2006. Diese Themen werden zur Zeit von verschiedenen Arbeitsgruppen betreut.

Schulmanifest

Im Februar 2004 gab die Geschäftsleitung noch in alter Besetzung grünes Licht für die Erarbeitung eines Schulmanifests der SP Stadt Zürich. Grund dafür war die verworrene Situation nach dem Scheitern des Volksschulgesetzes an der Urne. Die Schulpolitische Kommission war der Meinung, dass die Schulorganisation nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht betrachtet werden darf. Die gesellschaftspolitischen Aspekte sind genauso wichtig. Es wurde in der Folge ein Schulpolitisches Manifest erarbeitet, welches dann vom Parteivorstand im November 2004 verabschiedet und anschliessend gemeinsam mit dem Bildungspapier der Kantonalpartei der Presse vorgestellt wurde.

1. Mai-Fest

Ein Höhepunkt war das 1. Mai-Fest auf dem Turbinenplatz. Der mutige Entscheid der Geschäftsleitung, ein eigenes Fest abzuhalten, hat sich als richtig erwiesen. Es wurde von allen TeilnehmerInnen und von den Medien als sehr gelungen wahrgenommen. Die Reden, insbesondere jene von Ruth Dreifuss und Hans Jürg Fehr, wurden mit Spannung verfolgt. Im Rundbogenzelt mit ca. 650 Sitzplätzen herrschte eine gemütliche und familiäre Atmosphäre. Zwischen 1200 und 1500 Besu-

cherInnen waren zu Gast, damit hatte wirklich niemand gerechnet. Dies hatte leider zur Folge, dass das Essen schlussendlich nicht für alle reichte, was aber der guten Stimmung keinen Abbruch tat, glücklicherweise gingen Wein und Bier nicht aus. Die Durchführung dieses Festes wäre aber ohne die tatkräftige Hilfe vieler Genossen und Genossinnen nicht möglich gewesen. Das wird auch beim geplanten künftigen 1. Mai-Fest am gleichen Ort der Fall sein. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank dafür.

Abstimmungen

Die eidgenössische Abstimmung anschliessend im Mai bescherte der SP nach der gewonnenen Avanti-Abstimmung im Februar einen weiteren Erfolg. Das Steuerpaket, von den Bürgerlichen mit grossem Engagement vertreten, wurde vom Volk deutlich abgelehnt. Die Stadtpartei engagierte sich mit einer Abstimmungszeitung und einer Inseratekampagne im «Tages-Anzeiger», welche gemeinsam mit der Kantonalpartei konzipiert und finanziell getragen wurden. Ebenso wurde die Vorlage zur 11. AHV-Revision, welche einen Abbau wichtiger Errungenschaften des Sozialwerkes bedeutet hätte, bachab geschickt. Auf städtischer Ebene wurde der Objektkredit für das Schulhaus Fallletsche deutlich angenommen.

Auch für die wichtige Abstimmung im September produzierte die Stadtpartei eine Abstimmungszeitung. Schwerpunkt

Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 04/05 an: Koni Loepfe (Präsident), Beatrice Reimann und Esther Weibel (Vizepräsidentinnen), Peter Macher, Min Li Marti, Sarah Müller, André Odermatt, Roberto Rodriguez, Andrea Ruckstuhl, Renato Valoti sowie von Amtes wegen Elmar Ledergerber (Stadtpräsident), Esther Maurer (Stadträtin), Bobby Neukomm (Stadtrat), Martin Waser (Stadtrat), Mechthild Malash, Susanne Twerenbold und Emy Lalli (Parteisekretärinnen).

auf städtischer Ebene war der Betriebsbeitrag von 3 Mio. Franken an die Filmstiftung. Wichtig war aber auch die Vorlage zur Weiterführung der Heroinabgabe, die nicht so sehr umstritten war, ebenso wie die Vorlage zur Wahlkreisreform. Auf eidgenössischer Ebene waren für die SP die beiden Einbürgerungsvorlagen und die Mutterschaftsversicherung sehr wichtig. Kantonal ging es um die von den Gewerkschaften lancierte Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle» und die von der Linken bekämpfte Vorlage zum Sanierungsprogramm 04. Dieses Wochenende brachte leider nur Teilerfolge. Auf städtischer Ebene wurde in unserem Sinne abgestimmt. Bei den kantonalen Vorlagen haben wir verloren. Auf eidgenössischer Ebene konnten wir einzig die Mutter-

Die Geschäftsleitung bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Massgabe der Parteibeschlüsse durch. Sie besteht aus höchstens 11 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei das Sekretariat mit einer Stimme vertreten ist. Die SP-Mitglieder des Stadtrates nehmen ohne Stimmrecht Einsitz. Die Geschäftsleitung tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern (in der Regel wöchentlich).

schaftsversicherung durchbringen. Ein grosser Wermutstropfen war die klare Ablehnung beider Einbürgerungsvorlagen. Dies war für uns und vor allem für die Second@s Plus eine herbe Enttäuschung. Das niederschmetternde Abstimmungsergebnis löste bei vielen einen regelrechten Katzenjammer aus. Ein kleiner Trost war jedoch die Annahme beider Vorlagen in der Stadt Zürich. Aus diesem Grund beschloss die Geschäftsleitung, dieses Thema weiterzuverfolgen.

Signalthemen

Auch in diesem Berichtsjahr hat die Geschäftsleitung sogenannte Signalthemen aufgenommen. Dazu gehörte die Organisation einer parteiinternen Veranstaltung zur Personenfreizügigkeit. Dies, weil von

gewerkschaftlicher Seite die EU-Erweiterung auf die zehn neuen Mitgliedsländer als Bedrohung für den Schweizer Arbeitsmarkt empfunden wurde. Schlussendlich konnten mit den flankierenden Massnahmen die Hauptproblempunkte wie Dumpinglöhne entschärft werden. Serge Gaillard und Vasco Pedrina erklärten ihre Positionen, von SP-Seite brachte Mario Fehr plausible Gründe vor für ein Ja zu dieser Vorlage, die im Herbst 2005 zur Abstimmung kommt. Eine zweite interne Veranstaltung beschäftigte sich im März 2005 mit Schengen/-Dublin. Jürg Schertenleib von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe erklärte die Vorzüge eines Ja zu Dublin für die schweizerische Asylpolitik und Mario Fehr und Markus Notter informierten über Sicherheit und Schengen.

Sans-Papiers

Eine Arbeitsgruppe ist zurzeit daran, Forderungen der SP zur Sans-Papiers-Problematik aus Sicht der Stadt Zürich zu erarbeiten. Dieses Thema bekam neue Aktualität durch den Genfer Vorschlag, eine Amnestie für die zurzeit untergetauchten Sans-Papiers zu erlassen. Im Weiteren wird sich diese Arbeitsgruppe auch damit beschäftigen, wie die Einbürgerungsthematik wieder aufgenommen werden kann.

Stadtentwicklung

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Stadtentwicklung. Ja, es wird gebaut in der Stadt und es muss gebaut werden. Grossüberbauungen wie das Maag Areal, weitere Grossbauten in Zürich West wie das Hardturmstadion, das Letzigrundstadion, der Umbau des Landesmuseums sind geplant. Das löst nicht nur Begeisterung aus. In den betroffenen Quartieren regt sich jeweils auch Opposition seitens der Anwohnerschaft, Eigeninteresse versus Allgemeininteresse, sprich Wirtschaftswachstum. Eine Arbeitsgruppe plant Quartierführungen und Veranstaltungen mit Planern und Architekten, um die Widersprüche aufzuzeigen, neue Stadtentwicklungsvisionen vorzustellen, eine breite Diskussion innerhalb der SP zu ermöglichen.

Zum Thema Werte sind ebenfalls mehrere Veranstaltungen geplant. Die Sektio-

nen sollen in diese Diskussion eingebunden werden. Sofern das Thema auf breites Interesse stösst, soll eine grössere Schlussveranstaltung stattfinden.

Revidierte Statuten

Im Berichtsjahr wurden die Statuten der SP Stadt Zürich revidiert. Bei den Arbeitsgruppen gab es Auflösungen bzw. Namensänderungen. Nachdem alle Sektionen ihre Inputs abgegeben hatten, wurden die Statuten im November vom Parteivorstand bereinigt und liegen nun der kommenden Jahres-Delegiertenversammlung zur Abstimmung vor.

Im Februar 2005 beschloss die Geschäftsleitung, die Einzelinitiative von Koni Loepfe zur Polizeiorganisation zurückzuziehen. Das neue Polizeiorganisationsgesetz hat wichtige Forderungen der Initiative «Gemeinsam für einen sicheren Kanton Zürich» aufgenommen und somit ist ein Weiterzug vors Volk nicht mehr notwendig.

Parteivorstand

Die Mitglieder des städtischen Parteivorstandes (PV) traten im Berichtsjahr zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen.

An der Sitzung im März 2004 wurde die Parole zur Erweiterung der Schulanlage Falletsche gefasst; in der Partei eine unbestrittene Vorlage, denn der Bedarf an zusätzlichem Schulraum ist insbesondere in Zürich Nord, wo die Bevölkerung stark wächst, ausgewiesen. Ein wichtiges Traktandum, mit dem sich der PV zu befassen hatte, war die Frage der Wahlkreiseinteilung in der Stadt Zürich. Der Stadtrat hatte zwischenzeitlich eine Weisung erarbeitet, die ab den nächsten Gemeinde- und Stadtratswahlen im Frühling 2006 gelten sollte. Der Parteivorstand folgte in seiner Beurteilung sehr deutlich der Position der Gemeinderatsfraktion. Diese befürwortete das Modell mit 9 Wahlkreisen, welches neu die Sektionen 1 und 2, 4 und 5, 7 und 8 in drei neue Wahlkreise zusammenführen würde. Einerseits entspricht

Bitte umblättern

diese neue Einteilung jener für die Kantonsratswahlen, somit können die Sektionen ihre eingespielte Zusammenarbeit weiterführen. Andererseits bleiben mit neun Wahlkreisen die Parteistrukturen auf Sektionsebene am ehesten erhalten. Das Quartierleben ist in der Stadt und für die SP wichtig, dies sollte auch bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden. Das Quorum von 5% (eine Partei muss mindestens in einem Wahlkreis 5% der Stimmen erreichen, um in den Rat einzuziehen zu können) gab ebenfalls zu reden. Die Befürworter eines Quorums von 3% wollten eine möglichst grosse Vielfalt von Gruppierungen im Parlament und befürchteten, dass mit einem 5%-Quorum nur noch die grossen Blöcke den Einzug schaffen würden. Auf der anderen Seite stand die Meinung, dass zu viele Parteien und Gruppierungen die Arbeit im Parlament erschweren und Mehrheiten blockiert würden. Schliesslich setzte sich die Meinung durch, dass mit 5% auch kleinere Gruppen eine Chance haben. Die Jahresberichte wurden zur Kenntnis genommen und die Rechnung 2003 wurde einstimmig angenommen.

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominierungen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

Im Mai hatte der Parteivorstand als einziges Geschäft die Nominierung von KandidatInnen für das Bezirksgericht und für die Bezirksanwaltschaften vorzunehmen. Bei beiden Kandidaturen kam es zu Kampfwahlen.

Bei der Nominierung Bezirksgericht folgte der Parteivorstand der Empfehlung der Justizkommission, die Astrid Lieb vorgeschlagen hatte. Dies jedoch nur sehr knapp, da die zweite Kandidatin ebenfalls sehr hohe Qualifikationen vorzuwei-

sen hatte und lediglich bei der Anzahl Jahre Mitgliedschaft in der SP die statistischen Bedingungen nicht erfüllte.

Bei der Nominierung Bezirksanwaltschaften standen zwei Kandidaturen zur Auswahl. Hier gilt es anzuführen, dass die SP insbesondere bei den Strafverfolgungsbehörden teilweise Schwierigkeiten hat, KandidatInnen aufzustellen. Die Justizkommission schlug Marion Wyss zur Wahl vor. Sie sei als einzige valable Kandidatin Mitglied der SP. Der andere Kandidat sei zwar qualifiziert, aber noch nicht Mitglied der Partei. Den Einwand, dass die von der Juko vorgeschlagene Kandidatin zu wenig Erfahrung für dieses Amt mitbringe, liess der Parteivorstand jedoch bei der Schlussabstimmung nicht gelten und entschied sich sehr deutlich für Marion Wyss.

Im Juli stand die Parolenfassung für die Vorlagen vom 26. September auf der Traktandenliste. Sowohl die Weiterführung der Heroinabgabe wie auch der städtische Beitrag an die Filmstiftung waren unbestritten und wurden einstimmig

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 04/05 folgendermassen zusammen: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, Andrea Panitz (SP1), Heinz Looser (SP2), Hans-Urs von Matt/Yves de Mestral (SP3), Alice Scheidegger (SP4), Gaudenz Kind (SP5), Mischa Kissling (SP6), Marianne Aubert/Burkhard Frey (SP7), Katrin Meier (SP8), Davy Graf/Christian Koller (SP9), Sandra Tinner (SP10), Marlis Müller (SP11), Claudia Suter (SP12), Mario Florin (Bildungsausschuss), Chris Nestel (Schulpolitische Kommission), Maria Decasper/ Salvatore di Concilio (Second@sPlus), Rebekka Wyler/Sylvie Fee Michel (Juso), Judith Bucher, Josef Köpfli, Corine Mauch (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), Pierre Martin (Justizkommission), Monika Spring/Dominique Feuillet (GBZ), Jenny Heeb/Agnes Guler (SeniorInnen), Dominik Schaub (SP Kanton Zürich), Marcel Lautner, Emil Schärer, Janos Blum, Felix Ziltener, Daniel Kurz (frei gewählte Mitglieder).

ig unterstützt. Die Vorlage zur neuen Wahlkreiseinteilung beinhaltete genau das, was der Parteivorstand an seiner Sitzung im März gewünscht hatte, und wurde somit ohne grosse Diskussion einstimmig unterstützt.

Die PV-Sitzung im September befasste sich schwergewichtig mit dem erarbeiteten städtischen Schulpapier. Die Parole zur Vorlage betreffend die Übernahme der kantonalen Fernwärme durch die Stadt Zürich, die am 28. November zur Abstimmung gelangen würde, war völlig unbestritten. Das Schulpapier gab hingegen mehr zu reden. Nach der Ablehnung der Volksschulreform galt es, in drängenden Fragen im Schulbereich Antworten und Forderungen zu formulieren. Inhaltlich war das Positionspapier in seinen Grundaussagen kaum umstritten (Grund- und Basisstufe, zwei Fremdsprachen in der Primarschule, LehrerInnen und Schulqualität werden regelmässig überprüft etc.). Die These, wonach Kinder bis zum 9. Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden, daher Abschaffung der Selektion, warf im PV weniger Wellen als dann später sowohl in der öffentlichen wie auch in der parteiinternen Diskussion. Die Kritik betraf vor allem die Vorgehensweise (die AG sei nicht breit genug ausgeschrieben worden) und das Papier als Ganzes (Sprache, Stil, Fehlen einzelner Themen und Abstimmung mit Schulpapieren der SPS und der SP Kanton Zürich). Nach der Diskussion und einigen inhaltlichen und stilistischen Änderungen wurde das Papier vom PV angenommen. Das Papier wurde, zusammen mit dem Bildungspapier der SP Kanton Zürich, kurze Zeit später der Öffentlichkeit präsentiert.

Im November fasste der PV wiederum eine deutliche Ja-Parole zu zwei Schulhausbauten, die eine in Leutschenbach und die andere am Albisriederplatz. Ebenfalls genehmigte er zu Händen der ordentlichen Delegiertenversammlung die Statuten, die überarbeitet worden waren. Die Änderungsanträge zielten hauptsächlich darauf ab, die Aufgaben der Geschäftsleitung und der Stadtratsmitglieder präziser festzuhalten

„Der Forschungsstandort Schweiz braucht Studierende, die lesen, schreiben und selbständig denken können. Für eine gerechte Finanzpolitik: **NEIN zum Steuerpaket am 16. Mai.**“



Flavio Anselmetti, 30, Förderungsprofessor für Biologie an der ETH Zürich. «Die nachhaltige Modernisierung der Schweiz ist nur mit ericktauglicher Lehre und Forschung an den Hochschulen möglich. Damit die Studierenden von Anfang an ein hohes Niveau aufweisen, muss eine hohe Qualität der Volk- und Mittelschulen gewährleistet sein. Dank des Steuerpakets drohen noch mehr Sparmassnahmen. Die Folge: Ein weiterer Leistungsabfall bei der Volksschule. Denn es darf der Staat nicht sparen, genauso wenig wie bei den Studenten für Studierende: «Bildung ist für alle da.»

Eine Stimme für Sie **SP**
www.spartisch.ch

„Die letzten Jahre hab ich mir ausser Schuhen im Ausverkauf nichts gekauft. Wird die Sozialhilfe gekürzt, kann ich das auch vergessen. Für eine gerechte Finanzpolitik: **NEIN zum Steuerpaket am 16. Mai.**“



„Die bürgerlichen Sparer nehmen von den Armen und geben den Reichen. Für eine gerechte Finanzpolitik: **NEIN zum Steuerpaket am 16. Mai.**“



In der Stadt sehr deutlich verworfen: Das Steuer-Mogelpaket.

(regelmässige Berichterstattung aus und Austausch mit der GL und dem Stadtrat, Berichterstattung aus der GL, engerer Austausch zwischen Sektionen und Präsidium). Der PV befand, dass dies nicht in die Statuten gehörte, beschloss jedoch, ein fixes Traktandum «Bericht aus der GL» im PV einzurichten. Die StadträtInnen soll-

ten dann im PV Rede und Antwort stehen, wenn substantiell wichtige Themen anstehen, so wie das bereits gehandhabt wurde.

Der PAB-Bericht wurde zur Kenntnis genommen und das Budget 2005 genehmigt. Der Mitgliederbeitrag soll auf 2005 nicht erhöht werden.

Delegiertenversammlung

Am 13. Mai 2004 fand die ordentliche Jahresversammlung im Kirchgemeindehaus Schwamendingen statt. In seiner präsidentialen Ansprache erwähnte Koni Loepfe, dass der Stadtrat als Team sehr gut funktioniere und die wichtigsten Probleme von diesem auch angepackt würden. Im Gemeinderat gelinge es fast immer, mit wechselnden Mehrheiten Erfolge zu erzielen. Zu den grossen Freuden in der Stadtpolitik gehöre auch das sich abzeichnende Ende des Polizeistreites. Auch wenn wir unsere Initiative nicht zustande gebracht hatten, habe sie zumindest indirekt ihren Zweck erfüllt. Abgesehen von Migrationsfragen seien die Aussichten, dass wir Urnengänge gewinnen können, recht gut. Wir setzten uns mit einer normalen Anstrengung klar durch und wir könnten die kommenden Abstimmungen

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich und setzt sich basisdemokratisch aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er-Delegation der statutarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen (je nach Mitgliederzahl zwischen 9 und 18 pro Sektion) zusammen.

selbstbewusst angehen. Ein spezieller Erfolg sei unser 1. Mai-Fest auf dem Turbinenplatz gewesen, es entspreche ganz offensichtlich einem Bedürfnis.

Der Prix Enzo ging dieses Jahr an Trudi Weinhandl aus der Sektion 9. Die engagierte Genossin hat sich bereits in früheren Jahren politisch betätigt. So half sie bei den Kinderfreunden mit und engagierte sich in der Frauenbewegung. Sie recherchiert, sucht nach starken Frauenfiguren und dokumentiert diese. Trudi macht auch seit einigen Jahren Friedhofrundgänge im Friedhof Sihlfeld.

Bitte umblättern

Koni Loepfe stellte sich ein weiteres Jahr als Präsident zur Verfügung und wurde von Emy Lalli zur Wahl vorgeschlagen. Emy ging noch einmal kurz auf seine Verdienste ein. Die Delegierten wählten ihn mit Akklamation für ein weiteres Jahr zum Präsidenten.

Aus der GL traten Eva Gerber, Emy Lalli und Emanuel Wyler zurück. Sie wurden mit einem herzlichen Dank für die geleistete Arbeit verabschiedet. Die Vizepräsidentin Emy Lalli wird der GL neu als gewählte Parteisekretärin erhalten bleiben. Für die drei frei werdenden Sitze kandidierten vier GenossInnen. Es waren dies Min Li Marti (SP5), Sarah Müller (SP7), Christopher Stadlin (SP2) und Esther Weibel (SP11). Die Kandidierenden stellten sich kurz vor. Die Wahl wurde schriftlich durchgeführt. Gewählt wurden Sarah Müller, Esther Weibel und Min Li Marti. Die bisherigen GL-Mitglieder wurden in globo bestätigt. Als Parteisekretärinnen wurden Mechthild Malash und Susanne Twerenbold für ein weiteres Jahr bestätigt. Neu gewählt wurde Emy Lalli.

Aus dem PV traten zurück: Andreas Ammann (SP10), Kaspar Luchsinger (SP11), Daniela Oertle (Juso), Beat Frischknecht (SP Kanton) und Raphael Golta (freigewähltes Mitglied). Neu gewählt wurden Sandra Tinner (SP10), Marlise Müller (SP11), Sylvie Fee Michel (Juso), Christof Nestel (Schulpolitische Kommission) und Felix Ziltener (freigewähltes Mitglied). Arthur Müller und Arthur Simmen traten als Revisoren zurück. Neu zur Verfügung stellten sich Mark Roth und Martin Lenzlinger. In der Justizkommission wurde der vakante Sitz von Claudia Suter besetzt. Sie wurde von den Delegierten einstimmig gewählt. Aus der Schulpolitischen Kommission trat Katrin Jaggi zurück.

Zum Abschluss bedankte sich Res Rickli bei den Delegierten für die grosszügige Unterstützung in seinem Schulpräsidiumswahlkampf.

Bericht aus dem Stadtrat

von **Elmar Ledergerber, Stadtpräsident**

Wir schauen auf erfolgreiches Jahr zurück. An der Urne fanden sämtliche Vorlagen des Stadtrates Zuspruch. Auch politisch umstrittene Geschäfte wie die Zürcher Filmstiftung oder der kommunale Verkehrsplan schafften die Hürde des Volksmehrs deutlich. Viele Vorlagen brachten es auf Ja-Stimmen-Anteile von 75% und mehr. Das galt auch für die Heroinabgabe, welche von der SVP zum wiederholten Mal (und in schöner Anerkennung des Volkswillens) bekämpft wurde. Und auch im Gemeinderat gab es für den Stadtrat keine gravierenden Niederlagen zu beklagen. Ganz im Gegenteil: Selbst die neuen Abfall- und Abwassergebühren, welche ehedem noch Rede- und Referendumsschlachten provozierten, gingen schlank durch.

Plebiszitäre Erfolge

Diese Erfolge basieren auf einer breit abgestützten, zukunftsorientierten Politik des Stadtrates. Diese Politik geht davon aus, dass das gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld von der Politik gestaltet werden kann und soll. Der Stadtpräsident ist schliesslich kein Grüssaugust und die öffentliche Hand kein Selbstbedienungsladen. Wir wollen keinen Nachtwächterstaat, der die Kollateralschäden wirtschaftlicher Tätigkeit mehr oder minder erfolgreich zu beheben versucht, sondern sind der festen Überzeugung, dass mit einer proaktiven Grundhaltung eine bessere Politik möglich wird. Der wichtigste Baustein einer zukunftsgerichteten Politik heisst Verlässlichkeit. Politik muss berechenbar sein. Eine zerstrittene Regierung oder eine Regierung mit schmaler parlamentarischer Abstützung ist kein verlässlicher Partner für die Wirtschaft. Verlässlichkeit äussert sich beispielsweise finanzpolitisch in einem konstanten Steuerfuss auf mittlerem Niveau statt wilder Bocksprünge sowie in einer konstanten Investitionstätigkeit.

Jahr für Jahr stehen zwischen 2000 und 2500 Geschäfte auf der Traktandenliste der Stadtrates. Etwa 150 davon wer-



Elmar Ledergerber

den medienmässig aufgearbeitet und damit für die Bevölkerung sichtbar. Mediale High Flyer des Berichtsjahres waren zum Beispiel die Einbürgerungsaktion des Stadtrates, die Hooligan-Aktion im Bahnhof Altstetten und die Findlinge in der Bahnhofstrasse. Diese drei Ereignisse sind keine singulären Erscheinungen, sondern stehen in einem grösseren Kontext.

Integrationspolitik

In Zürich leben und arbeiten über 100 000 Menschen mit einem ausländischen Pass. Die meisten dieser Menschen leben seit langem bei uns und sind gut integriert. Sie arbeiten, zahlen Steuern und möchten – wie die Schweizerinnen und Schweizer auch – zusammen mit ihren Familien in Wohlstand und Frieden leben. Ihre Kinder dürfen als Erwachsene an Abstimmungen und Wahlen aber nicht teilnehmen. Sie können deshalb die Schweiz nicht im gleichen Masse wie Schweizerinnen und Schweizer als ihre Heimat wahrnehmen. Wenn wir diese (in aller Regel) gut integrierten AusländerInnen aber einbürgern, dann stärkt das den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft. Deshalb hat der Stadtrat alle jungen Ausländer, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, brieflich ermuntert, sich einbürgern zu lassen. Zusätzlich haben wir das Verfahren dort attraktiver gestaltet, wo das in eige-

ner Kompetenz möglich war (Kanzleigebühren, Verfahrensdauer).

Es gibt aber auch weniger gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer in prekären Lebensverhältnissen. Dazu gehören viele Asylbewerbende. Diese konzentrieren sich aus verständlichen Gründen vorab in Städten. Die Städte sind deshalb besonders gefordert. Sie werden von der Bundespolitik dabei aber regelmässig im Stich gelassen. Der Stadtrat hatte sich 2003 deshalb mit dem Asylmanifest in die Diskussion eingemischt. Mit der nationalen Asylkonferenz im September 2004 in Olten haben wir die Diskussion wieder aufgenommen und versucht, die asylpolitischen Akteure an einen Tisch zu bringen.

Sportpolitik

Der mediale Fokus lag und liegt bei den beiden grossen Stadien. Bei aller Vorfreude auf die beiden neuen Stadien und die EM 2008 dürfen wir die zunehmende Gewalt im Umfeld des Fussballsports nicht unterschätzen. Gerade das aber ist zu befürchten, wenn man die Reaktionen auf die Aktion der Stadt- und Kantonspolizei im Vorfeld des Spiels Basel-GC vom 5. Dezember 2004 analysiert. Ein Teil der Club-Verantwortlichen und der Spieler, aber auch die Eltern der jungen Fussballfans verharmlosen noch immer den Hooliganismus. Die Gewalt in den Stadien müssen wir aber in den Griff bekommen. Sonst werden die Spiele an der Fussball-EM von Ausschreitungen begleitet sein. Dass dieser Kampf gegen den Hooliganismus nicht allein mit sogenannter Fan-Arbeit geleistet werden kann, scheint mir angesichts der grossen Zahl von Hooligans und des rechtsextremen Hintergrunds eines Teils von ihnen klar. Leider relativ wenig Aufmerksamkeit fanden das sportpolitische Konzept und der Strategiebericht Sportstättenbau, mit welchem der Stadtrat ein Paket an sportpolitischen Vorstössen aus der SP-Gemeinderatsfraktion auf- und weitgehend auch übernommen hat.

Öffentlicher Raum

Wie stark in der Stadt Zürich der Druck auf den öffentlichen Raum ist, zeigte



Res Rickli,
der kompetente
Schulpräsident

Wer wird wohl Schulpräsident-www.schulpraesident.ch

SP
Schwamendingen

Am 16. Mai hat Schwamendingen einen neuen Schulpräsidenten erhalten.

sich im Berichtsjahr immer wieder. Die Bijoutiers an der Bahnhofstrasse reklamieren mit grösster Selbstverständlichkeit einen private Nutzen am öffentlichen Raum für ihre Sicherheitsbedürfnisse. Wenn die Stadt den Limmattalraum zwischen Escher Wyss-Platz und der Stadtgrenze aufwerten will, dann reagieren einzelne Anwohnerinnen und Anwohner argwöhnisch, weil sie einen sommerlichen Rummel wie in den Seeanlagen befürchten. Und in der Allmend Brunau bekämpfen die Hundehalter Einschränkungen beim freien laufen lassen ihrer vierbeinigen Lieblinge. Was diesen Konflikten gemeinsam ist, wird gerne über-

sehen: Der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum ist in Zürich unter anderem deshalb so gross, weil die Stadt über mehr und attraktivere öffentliche Räume verfügt als die anderen Gemeinden in der Agglomeration. Als Beleg nur dies: Nirgends zwischen Zürich und Rapperswil ist mehr Seeufer allgemein zugänglich als in der Stadt. Der Nutzungsdruck in der Stadt Zürich ist einerseits die Folge einer gezielten Attraktivitätssteigerung, andererseits aber auch die Folge einer fehlenden Freiraumplanung in den meisten Agglomerationsgemeinden. Ein Erfolgsausweis für Zürich ist es aber in jedem Fall.



Judith Bucher

Gemeinderatsfraktion

von Judith Bucher, Fraktionspräsidentin

Fraktionsvorstand und Parteigremien

Im Berichtsjahr bildeten das Präsidium der Fraktion: Judith Bucher (Präsidentin), Corine Mauch und Josef Köpfli (Vizepräsidentin/-präsident). Weitere Vorstandsmitglieder waren: Emy Lalli (Parteisekretärin), Helmut Britz, Myrtha Meuli, André Odermatt, Beatrice Reimann, Silvia Seitz und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena Röllin. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (2 Stimmen). Delegierte waren: Helmut Britz, Dominique Feuillet, Joe Manser, Christine Stokar, Min Li Marti.

Personelles

Die Fraktion setzt sich aus 28 Frauen und 21 Männern zusammen. 2004 trat Christina Isele (SP 3) aus beruflichen Gründen aus dem Gemeinderat aus und wurde durch Gisela Polloni (SP 3) ersetzt. Christina Isele sei an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit zu Gunsten der SP und der SP-Fraktion gedankt.

Politische Arbeit

Wie schon in den vorhergehenden Jahren der laufenden Legislatur trat die SP-Fraktion in ihrer Arbeit im Gemeinderat

geschlossen und damit auch erfolgreich auf. Die SVP-Fraktion verhielt sich, wie schon hinlänglich bekannt, sehr lautstark, ohne aber damit Erfolge erzielen zu können. Weite Teile der seit den letzten Wahlen doch arg geschrumpften FDP-Fraktion versuchen zunehmend mit Effekthascherei zu politisieren und suchen auch vermehrt den Schulterchluss mit der SVP. Für die SP bedeutete dies, dass von Geschäft zu Geschäft immer wieder neue, unterschiedliche Koalitionen und Mehrheiten zu suchen waren, die oft zusammen mit der Grünen Partei und der CVP zu finden waren.

Investitionspolitik

im Sinne der SP-Fraktion

Ganz im Gegensatz zum Kanton, welcher seine Finanzen – aufgrund der hemmungslosen Steuersenkungen zu Gunsten einiger weniger Profiteure – schon seit längerem nicht mehr im Griff hat, präsentiert sich die finanzielle Situation der Stadt Zürich grundsätzlich anders: Stadt- und Gemeinderat setzen gemeinsam auf einen sparsamen Umgang mit den Steuergeldern. Jedoch ist für die SP-Fraktion und für eine Mehrheit des Gemeinderates eine sinnvolle Investitionspolitik genauso wichtig, denn sie kommt sowohl den Einwohnerinnen und Einwohnern als auch dem Gewerbe und last but not least der Attraktivität der gesamten Stadt Zürich zugute. Diese Politik war denn auch das Leitmotiv sowohl in der Budgetdebatte als auch bei der Behandlung von Weisungen.

Besonders hervorzuheben sind dabei exemplarisch die Investitionen in die städtischen Schulhäuser oder, als Beispiel aus der Kulturförderung, die Unterstützung für die längst überfällige Filmstiftung, welche von SVP und FDP bekämpft, vom Volk jedoch deutlich angenommen wurde.

Immer wieder beschäftigte sich der Gemeinderat auch mit grossen Investitionsvorhaben. Zum einen im Zusammenhang mit den Stadien Hardturm und Letzigrund, aber auch mit den Sonderbauvorschriften auf dem Maagareal. Bei letzterem konnte die Fraktion nach langen

Verhandlungen eine deutliche Erhöhung des Wohnanteils und auch eine kritische Sicht auf die Parkplatzfrage einbringen.

Durchbruch bei der Kinderbetreuung?

Besonders intensiv waren die Anstrengungen der Fraktion, um bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung in der Stadt Zürich deutliche Fortschritte zu erreichen. Es gelang, mit einem SP-Vorschlag eine Mehrheit im Rat zu finden, zugunsten dessen die Grüne Partei ihre Initiative und der Stadtrat seinen Gegenvorschlag zurückzogen. Neu soll in der Zürcher Gemeindeordnung festgehalten werden, dass die ausserfamiliäre Kinderbetreuung gewährleistet wird und der Gemeinderat die dafür notwendigen Spielregeln festlegt. Ob es bei der Kinderbetreuung tatsächlich zu diesem wichtigen Durchbruch kommt, werden wir alle im kommenden Juni in der Volksabstimmung entscheiden können.

Sektionsbericht SP Zürich 5

von Gaudenz Kind, Präsident

Drei Ereignisse unterschiedlichster Art waren prägend für das Parteileben der SP5 in diesem Jahr. Mit Abstand den Höhepunkt bildete sicher das Jubiläum des Röntgenplatzfestes. Am 27. September 1980 war eine der damals verkehrsreichsten Kreuzungen des Quartiers für wenige Stunden für den Autoverkehr völlig gesperrt und mit Tischen und Bänken zugestellt geworden. So durften wir am 20. und 21. August dieses Jahres gemeinsam mit altgedienten «Röntgenplätzlern», Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohnern und einer beträchtlichen stadträtlichen Vertretung ein 25stes Jubiläum begehen, welches für die Realisierung einwohnernaher, ursprünglich vielleicht utopisch erscheinender Ideen der Stadtentwicklung steht. Sollte der politische Hintergrund des Anlasses in den Augen einiger teilweise verloren gegangen sein, konnte dies mit dem Ehrenfest wieder einmal zurechtgerückt werden. Das Röntgenplatzfest war von Beginn an ein politisches Fest, nicht nur mit Live-Musik



Das erfreuliche Ja zur Filmstiftung als starkes Zeichen für den Film und die Kultur.

und guter Stimmung, sondern auch mit Stellwänden, Plänen, würzigen Reden und spicy Gesprächsstoff.

Themen der Stadtentwicklung beschäftigen uns heute mehr denn je, und keineswegs ist man sich innerhalb der Sektion immer einig. Ein wenig fruchtbarer Streit, der die Sektion seit Jahren begleitet, fand mit dem Entscheid des Bundesgerichtes vom 3. Dezember 2004 zu den sogenannten Fahrtenlimiten des Gestaltungsplans Stadion Zürich ein vorläufiges juristisches Ende. Damit ist dem Thema zwar nichts an Brisanz genommen, doch ist mit der Klärung der rechtlichen Ausgangslage auch wieder ein Stück Sachlichkeit in die Diskussion zurückgekehrt.

Ebenfalls ins Jahr 2004 fällt ein Ereignis, welches das Sektionsleben im Kreis 5 – und anderswo – nachhaltig verändern wird, wenn auch die längerfristigen Auswirkungen heute noch unklar sind: Mit dem Volksentscheid vom 26. September 2004 wurde beiläufig und für viele beinahe unbemerkt nicht nur der Wahlkreis für die Gemeinderatswahlen verändert, sondern mit der Zusammenlegung der Wahlbüros der Stadtkreis 5 als Basis für Auszählungen sämtlicher Wahlen und vor allem Abstimmungen gleich ganz aufgehoben und mit dem Stadtkreis 4 zusammengelegt. Damit

wird in Zukunft kein statistisches Material über das spezifische Abstimmungsverhalten innerhalb des Kreises 5 mehr erstellt werden. Nachdem im Kreis 5 die Armee schon zweimal abgeschafft und die Europainitiative angenommen worden wären, ist es mit dem liebgewonnenen Mythos der linken Hochburg innerhalb der Stadt Zürich vorbei. Damit aber geht auch ein Stück Identität und Selbstverständnis der Parteisektion verloren. Das Bundesgericht hatte 2002 zur Stimmrechtsbeschwerde bemerkt, das damals vom Regierungsrat angeführte Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung u.a. im kritischen Wahlkreis 5 erscheine wenig nachvollziehbar. Dass dem nicht so ist, haben trotz stetem Bevölkerungswandel gerade die konstant guten Abstimmungsergebnisse immer wieder bewiesen. Dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der SP4 bewährt ist und in Zukunft noch ausgebaut werden kann, ist aber auch klar. Eine Vielzahl von Problemen gerade im Bereich Strassenverkehr erscheinen auf den ersten Blick sehr lokal, sind aber letztlich nur gemeinsam mit den anderen Sektionen bzw. im Stadtverbund zu lösen. Aktuellstes Beispiel: Die sich abzeichnende Auferstehung des verstorbenen und begraben geglaubten Planungszombies «Ypsilon»!

Berichte aus Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen

Justizkommission

von Pierre Martin, Präsident

Im Jahr 2004 hielt die Justizkommission zwei Sitzungen ab. In der ersten Sitzung ging es um die Kandidaturen für ein Amt als Bezirksrichter bzw. Bezirksrichter am Bezirksgericht Zürich sowie für eine Stelle als Bezirksanwältin bzw. Bezirksanwalt auf der Bezirksanwaltschaft Zürich; letztere war durch den Rücktritt von Dieter Jann frei geworden. Aus einer ganzen Anzahl qualifizierter Bewerbungen konnten wir dem Parteivorstand Astrid Lieb für das Bezirksgericht und Marion Wyss für die Bezirksanwaltschaft vorschlagen. Während der Parteivorstand dem Vorschlag der Justizkommission für das Bezirksgericht Zürich nur knapp folgte, unterstützte er mit grossem Mehr den Vorschlag für die Bezirksanwaltschaft Zürich. Bei der zweiten Sitzung ging es um zwei weitere Vakanzen bei der Bezirksanwaltschaft Zürich; eine davon als Ersatz für Rolf Neuhaus, der seinen Rücktritt auf Ende der Amtsdauer erklärt hatte. Die Ausschreibung dieser Stellen zeigte einmal mehr, dass in unseren Reihen die Kandidaten für die Untersuchungsbehörden sehr spärlich gestreut sind. Mit Josef Neff und Marcel Scholl konnten wir schliesslich der Geschäftsleitung zwei Personen vorschlagen, die zwar erst seit kurzem bzw. noch gar nicht Parteimitglieder waren, die aber aufgrund ihres Lebenslaufs und ihrer früheren Tätigkeiten durchaus Gewähr für soziale Kompetenz boten. Geschäftsleitung und IPK sind dieser Empfehlung gefolgt. Wir hoffen, dass es bei den nicht nur im Amt, sondern auch als Mitglieder unserer Partei wohl sein wird.

Schulpolitische Kommission

Von Andrea Ruckstuhl, Präsident

Das Schulmanifest der SP der Stadt Zürich und die Vernehmlassung zum so genannten Organisationsstatut, der Verordnung über die geleiteten Schulen, waren Hauptinhalte der Arbeit der SPK im ablaufenden Jahr. Die SPK wurde von den AutorInnen des Schulmanifestes eingeladen, im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung als erste zu den Inhalten Stellung zu beziehen. Die SPK begrüsst die vorgenommenen Analysen und die daraus abgeleiteten Thesen grundsätzlich. In Detailbereichen brachte sie Änderungsvorschläge an. Zentrale Thesen aus dem Schulmanifest, namentlich diejenige zu einer nicht selektionierenden gemeinsamen neunjährigen Volksschule für alle SchülerInnen, greift die SPK momentan auf und organisiert entsprechende Veranstaltungen, die der gründlichen Information und Meinungsbildung innerhalb der gesamten Partei dienen sollen.

Schliesslich formulierte die SPK zum Organisationsstatut, der Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Schulkreisen der Stadt Zürich, in Zusammenarbeit mit SP-Mitgliedern der gemeinderätlichen Kommission des Schul- und Sportdepartements eine Vernehmlassungsantwort. Darin betonten wir noch einmal, wie wichtig uns die geleiteten Schulen auf dem Weg zu einer modernen und leistungsstarken Schule sind. Wir regten überall dort Änderungen an, wo die Vorlage die Zuordnung der Kompetenzen auf den unterschiedlichen Ebenen und die Qualitätskontrolle noch nicht optimal genau formuliert hatte. Dabei liessen wir uns von der Hauptidee leiten, dass die Schulleitungen bzw. Schuleinheiten möglichst weitgehende Handlungskompetenzen brauchen, die Behörde ihrerseits möglichst griffige Aufsichtskompetenzen.

Second@sPlus

Von Roberto Rodriguez, Co-Präsident

Das vergangene Jahr war geprägt durch die Abstimmung über die beiden Verfassungsänderungen zur Einbürgerung. Sowohl unsere Mitglieder als auch der gesamte Vorstand waren aktiv in diesen Abstimmungskampf involviert. Für einige von uns war es ein weiterer Urnengang, für andere war es die erste politische Aktivität.

Das Resultat vom 26. September 2004 ist hinlänglich bekannt und wir möchten es auch nicht weiter kommentieren. Dieses Resultat wird aber unsere Arbeit massgeblich beeinflussen und lenken. Das Co-Präsidium ist der Überzeugung, dass der Weg für Verbesserungen im Einbürgerungs- und/oder Ausländerrecht *nicht* über die Urne möglich ist. Damit nehmen wir auch zugleich unsere Strategie vorweg. Aber dazu später noch mehr.

Nun zur Chronologie unserer Aktivitäten im Jahr 2004: Im Januar wurde nicht nur der nachfolgende Vorstand gewählt, sondern auch der Name unserer Organisation geändert. Eine grosse Mehrheit an der Generalversammlung teilte unsere Meinung, dass der Name SP Second@s Plus besser mit unseren politischen Zielen vereinbar sei.

An der GV vom 19. Januar 2004 wurden in den Vorstand gewählt: Claudio Genovese, Fiammetta Jahreiss, Isabel Bartal, Josef Nemecek, Maria Magdalena Decasper, Kyriakos Papageorgiou, Patricia Ilija, Renato Valoti, Roberto Rodriguez und Salvatore di Concilio.

Unmittelbar nach unserer Generalversammlung begann für einige von uns bereits der Abstimmungskampf. Die ersten Treffen mit befreundeten Organisationen fanden im Februar in Bern statt. Wir begannen den Abstimmungskampf zu planen und die Finanzierung abzuklären. Die Arbeit war sehr intensiv und auch von kleinen Erfolgen gekrönt, wie bei der Gründung der Organisation Secondos Inter Pares (SIP) in St. Gallen. Bei dieser Gründung an der HSG St. Gallen dürfen sich Claudio Genovese

und Fiammetta Jahreiss durchaus auch als Geburtshelfer und -helferin bezeichnen.

Nun, der Frühling war in voller Blüte und unsere kleine Gruppe präsentierte sich mit Empanadas Chilenas und einem kleinen Stand am 1. Mai-Fest der SP Stadt Zürich.

Eines unserer Ziele war es auch, uns im Kantonsgebiet bekannt zu machen. Die Auftritte im Zusammenhang mit der Abstimmungskampagne ermöglichten uns, diesem Ziel näher zu kommen. Wir waren für unsere Grösse gut präsent, na ja bis auf die konservativen Festungen im Zürcher Oberland.

Diese Aktivitäten verlangten unsere volle Zuwendung. Leider gerieten dadurch andere Projekte etwas in Vergessenheit. Trotzdem konnten wir parallel dazu mit der SP Kanton Zürich Verhandlungen führen, um uns als Organisation innerhalb der SP zu etablieren. Diese Verhandlungen mündeten in der Rede von Claudio Genovese an der kantonalen ordentlichen Delegiertenversammlung in Uster. Die Partei hat dort nicht nur einen neuen Präsidenten in der Person von Martin Naef erhalten, sondern auch eine kleine Organisation namens Second@s Plus.

Der Auftakt zu unserer Abstimmungskampagne war der Anlass in der Labor-Bar mit prominentem Podium und einer Dokufilm-Vorführung. Die Labor-Bar in Zürich-West gab das Startzeichen für viele Aktionen, Reden und Podiumsdebatten: über das Röntgenplatzfest nach Bern, St. Gallen, Schaffhausen, Basel, Frauenfeld, Aarau, Glarus und Schwyz zu unserer ersten Landsgemeinde in Olten und zurück nach Zürich in die Plüsch Bar als Schlusspunkt unseres Abstimmungskampfes.

Der unbestreitbare Vorteil einer Abstimmungs(trauer)feier in einer Bar liegt auf der Hand bzw. auf der Theke...

Neben der nationalen Politik sind noch zwei Themenbereiche erwähnenswert:

Der AusländerInnen-Beirat der Stadt Zürich: Unser Ziel haben wir nicht erreicht, namentlich den Aufbau eines demokratisch gewählten Gremiums für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich,

welche nicht die Schweizer Nationalität besitzen. Der Beirat ist durch den Stadtrat ernannt worden und wird nun tagen. Als Symbol unterstützen wir diesen Beirat. Wir werden uns im Verlaufe des Jahres mit seinen Repräsentanten treffen und unsere Ziele besprechen. Insbesondere auch unter dem Aspekt, dass einige Mitglieder des Beirates zugleich auch bei uns Mitglied sind.

Die neue Kantonsverfassung ist angenommen; zum Jahresbeginn ein kleiner Sieg für unsere Interessen. An unserer letzten Mitgliederversammlung im Januar dieses Jahres brachte uns Martin Naef die Verfassung etwas näher und machte sie transparenter.

Vielleicht müssen wir uns in naher Zukunft mit kleinen Siegen begnügen, wie dem neuen Integrationsartikel in der Verfassung. Die grösseren «Würfe» wie das fakultative Stimm- und Wahlrecht müssen wir vermutlich in der Deutschschweiz ad acta legen. Zumindest so lange darüber an der Urne abgestimmt wird...

JUSO Stadt Zürich von *Sylvie Fee Michel*

«Mit dem Wissen, dass die Linke doch Abstimmungen gewinnen kann, (...) wird sich die JUSO Stadt Zürich auch in den nächsten zwölf Monaten mit ganzer Kraft engagieren.» Dies stand am Schluss des Jahresberichtes 03/04, und mit diesem Wissen stürzte sich die JUSO zu Beginn des Polit-Jahres 04 in den Abstimmungskampf gegen die AHV-Revision und das Steuerpaket. Den Auftakt machte eine Prozession der Steuerabzocker durch die Bahnhofstrasse am 30. März. Neben Flyeraktionen, in denen auf die Gefährdung von Kultureinrichtungen bei Annahme des Steuerpaketes aufmerksam gemacht wurde, sonnten sich, in einer Aktion auf dem Paradeplatz, als Bonzen verkleidete Jusos und warben dafür, ein Herz für Reiche zu haben. Auch gegen die AHV-Revision veranstaltete die JUSO ein Strassentheater unter dem Motto «Alte chrapfen – Junge arbeits-

los» und verteilte vor dem Schauspielhaus Flyer für die Aufführung: «Elend im Alter – Ein Drama in fünf Akten von Pascal C.»

Nicht nur die Abstimmungen beschäftigten die JUSO im vergangenen Polit-Jahr. Sie war auch am 1. Mai im Kinder- und Jugendblock und mit einer Bar auf dem Helvetiaplatz präsent, sowie an den monatlichen Velodemos, an welchen, unter dem Motto «Mehr Sirup – weniger Ozon», Sirup gegen den Durst verteilt wurde. Das Röntgenplatzfest stand wiederum im Zeichen der Abstimmungen. So konnte man am Stand der JUSO an einem Sparpaketwerfen teilnehmen und anhand eines Kreuzworträtsels testen, ob man ein echter Eidgenosse/eine echte Eidgenossin ist. Auch die Bildung wurde nicht vergessen. So veranstaltete die JUSO Bildungsveranstaltungen zu den Themen Armut in der Schweiz, Steuerflucht und Asylwesen in Gefahr.

Der Anfang des Jahres 05 stand wiederum ganz im Zeichen der Anti-WEF-Proteste. Die JUSO nahm an verschiedenen Aktionen und Demonstrationen teil und half unter anderem bei der Organisation der Überaffirmationsaktion «Freunde des WEF» in Davos.

Leider konnte die JUSO in diesem Jahr ihre Energien nicht alleine für die Politik verwenden. Nach der Übernahme des Polka durch Surprise und dem darauf folgenden Umbau war die JUSO gezwungen, einen neuen Raum zu suchen und wurde schliesslich auch fündig. Im November wurde zum ersten Mal die Monatsversammlung im neuen Raum an der Gartenhofstrasse abgehalten. Wirklich eingeweiht wurde der Raum jedoch mit einer gut besuchten Party am 8. Januar.

Das JUSO-Polit-Jahr endet wie das letzte mit Vorbereitungen für den 8. März, den 1. Mai und mit der Gewissheit, dass es auch im nächsten Jahr viele Abstimmungen zu gewinnen gilt.

AG Seniorinnen und Senioren von *Agnes Guler und Jenny Heeb*

An sechs Nachmittagsveranstaltungen hatten wir Gelegenheit, zu Tages- und anderen Themen mit engagierten Referentinnen und Referenten zu diskutieren.

Einen interessanten Nachmittag bot uns Prof. Dr. Ambros Uchtenhagen zum Thema «Alter und Sucht». Seinen Ausführungen zufolge besteht in Alters- und Pflegeheimen die grössere Gefahr, süchtig zu werden, als im trauten Heim. Gründe dafür gibt es diverse.

Zur Abstimmung über die 11. AHV Revision berichtete NR Christine Goll. Ihre Argumentation zur Verhinderung des Abbaus des grössten Sozialwerkes überzeugte. Das entsprechende Abstimmungsergebnis vom 16. Mai war ein grosser Erfolg.

Die zur Tradition gewordene Vormai-feier, unter dem Slogan «Das Herz schlägt links!» organisiert von der Arbeitsgruppe Alter SP Kanton, den SP SeniorInnen Stadt Zürich, dem Gewerkschaftsbund, der AVIVO, der alt SAJ Zürich und der JUSO bot auch dieses Jahr Gelegenheit, alte Bekannte wieder einmal zu sehen. Mit Lilian Uchtenhagen und Sarah Müller standen sich zwei Generationen von Politikerinnen gegenüber. Die Ältere kämpfte fürs Frauenstimmrecht und die Junge für eine neue Verfassung. Die Feier wurde mit Arbeiterliedern und anderen Werken umrahmt, vorgetragen vom Chor «Kultur und Volk».

Am 21. Juni nahmen wir an der GV AG-Alter teil. Thema «Armut im Alter – eine verdrängte Realität». Heidi Witzig, Historikerin, brillierte mit dem Einführungsreferat: «Altersarmut früher». «Altersarmut heute» wurde danach an einem Podium mit Heidi Witzig, Ruth Gurni, Ernst Reimann und Dieter Hanhart diskutiert.

Am 19. Oktober waren wir im Sozialarchiv zu Gast. Nicola Behrens, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Zürich, sprach zum Thema: «Jubel und Zähneknirschen – aus der Geschichte des alten Zürich». Er führte uns vom

Bitte umblättern

19. Jahrhundert bis ins rote Zürich. Zu Beginn zeigten wir einen Film von Röbi Risler vom 1. Mai 1934 und zum Abschluss hörten wir ab Kassette ein Gespräch mit Röbi, welches von Radio DRS aufgenommen worden war.

Zum Jahresausklang vom 30. November las uns Genosse Marcel Lautner einige seiner Geschichten und Prosa vor.

Die Vorstandsmitglieder trafen sich zu drei Sitzungen.

Im Januar haben alle SeniorInnen einen Fragebogen von uns erhalten, mit dem wir sie aufforderten, zu unserem Programm Stellung zu nehmen, also uns zu sagen, welche Themen ihnen gefallen und welche nicht. 20 Prozent haben geantwortet, die überwiegende Mehrheit betonte, dass die Themen interessant seien, machte aber zugleich selber 20 Vorschläge, über was wir SeniorInnen an unseren Montagnachmittag-Veranstaltungen auch noch diskutieren könnten. Sie haben uns in ihren Briefen aber auch mitgeteilt, warum ältere GenossInnen, trotz Interesse, dann halt doch nicht an die Veranstaltungen kommen – so einfach ist das Leben als AHV-RentnerIn in der Stadt Zürich dann auch wieder nicht!

Im Jahr 2004 führten wir im Frühjahr und im Herbst Altersveranstaltungen durch. Im Frühjahr ging es dabei um die Abstimmung vom 16. Mai, die eidgenössischen Vorlagen zum Steuerpaket und die 11. AHV-Revision. Insgesamt haben wir zehn Veranstaltungen organisiert. Referiert haben neben unseren vier StadträtInnen auch die NationalrätInnen Christine Goll, Mario Fehr, Anita Thanei und Jacqueline Fehr. Dieses Grossaufgebot hat sich gelohnt, haben wir doch beide Vorlagen gewonnen. Das Interesse an diesen Themen war gross, pro Veranstaltung konnten wir durchschnittlich über 40 Personen begrüßen, d.h. Besucherzahlen zwischen 25 und 98. Nicht zu unterschätzen waren dabei auch die vielen Einladungsinserate im Tagblatt, die auf unsere Abstimmungspapieren aufmerksam machten.

Im Herbst ging es wiederum um eine eidgenössische Vorlage. «Post für alle» war das Thema, von dem wir glaubten,

dass es bei der älteren Bevölkerung auf Interesse stossen würde. Dies war offenbar nicht so, die Besucherzahlen waren bei allen vier Veranstaltungen unterdurchschnittlich. Referiert haben die beiden Gewerkschafter aus dem Bereich «Kommunikation» Fritz Gurtner und Willy Gabriel, die ihre Anliegen mit viel Herzblut vertraten.

Für die Moderation aller Veranstaltungen stellten sich in verdankenswerter Weise wie üblich verschiedene Gemeinderätinnen, Sektionspräsidentinnen und Juso-Mitglieder zur Verfügung.

Bildungsausschuss

von Mario Florin, Präsident

Am recht gut besuchten Risotto und Rote Geschichten am 31. Januar lasen, bzw. traten auf: Ina Boesch, Judith Kuckart, Christoph Keller, Christine Rinderknecht, Ralf Schlatter, Michail Schischkin, Yusuf Yesilöz und Hugo Loetscher – ein guter Abend. Am «Zopf & Palaver» (9. Mai) sprach Matyas Gödrös mit Stefanie Carp, Chefdramaturgin am Schauspielhaus, über die wenig elegant zu Ende gegangene Ära Marthaler. Carp nutzte die Gelegenheit, einige Vorwürfe gegen ihren Chef zu widerlegen. Dass wir am Risotto-Anlass acht statt wie üblich sechs AutorInnen lesen liessen, passte nicht allen Anwesenden; leider konnten wir die beiden überzähligen Lesenden nicht als Publikum ins Hermannseck mitnehmen, wo sie die Anzahl der Anwesenden um etwa ein Viertel erhöht hätten. Der Risotto ist, wie sich immer wieder erweist, unsere Kernkompetenz und unser Kerngeschäft.

Kommentar zur Jahresrechnung 2004

von Mechthild Malash

Allgemeine Interpretation

Die Jahresrechnung 2004 weist einen Gewinn von Fr. 1822 aus. Sie enthält darüber hinaus Rückstellungen in Höhe von Fr. 107 000. Der Stadtpartei standen für 2004 insgesamt Fr. 89 000 für Kampagnen ausserhalb den budgetierten politischen Aktivitäten zur Verfügung.

Ein Blick auf einzelne Bilanz- und Erfolgsrechnungspositionen

Im Vergleich zum Jahr 2003 hat sich die Bilanzsumme 2004 um 3.9 % vermindert. Dies hängt im Wesentlichen mit den Mindererträgen beim PAB und bei den Ausserordentlichen Erträgen zusammen. Unsere Liquidität war im 2004 dennoch sehr gut. Positiv ist ebenfalls, dass unsere Verbindlichkeiten bei der Kantonalpartei, der grösste Posten, um Fr. 120 000 tiefer sind.

Auch die Erfolgsrechnung weist Minderaufwendungen bzw. leichte Mindererträge aus. Dies auf der Ausgabenseite vor allem wegen den wegfallenden Umzugskosten aus 2003 und drei statt vier budgetierten Flyer für die strategische Unterstützung in den Kreisen 9, 11 und 12. Auf der Ertragsseite waren die PAB Einnahmen im 2004 rückläufig, d.h. Stand 31.12.04. Hier gibt es immer Verschiebungen, weil ein grosser Teil der Einzahlungen auch noch im 2005 erfolgen.

Kampagnen im 2004

Schwerpunktmässig haben wir unsere Mittel für die wichtige und erfolgreiche Abstimmung vom 16. Mai und für unser erstes 1. Mai-Fest auf dem Turbinenplatz eingesetzt. Zusätzlich haben wir zu aktuellen Themen wie Science City oder zu den Freizügigkeitsabkommen diverse Veranstaltungen durchgeführt. Ebenfalls wurden Gelder gesprochen für Plakate für die städtischen Vorlagen vom 8. Februar und ein Beitrag an die Abstimmungswerbung betreffend Heroinabgabe.



Die Zustimmung der Stadt zur erleichterten Einbürgerung tröstet nicht über das enttäuschende Nein auf Bundesebene hinweg.

Ausblick

Unser Aufwand wird im Jahr 2005 nicht kleiner sein. Wir haben uns aktuell mit über Fr. 10 000 für die Unterschriftensammlung der Hanfinitiative engagiert. Für das 1. Mai-Fest hat die Geschäftsleitung eine Defizitgarantie von Fr. 20 000 gesprochen. Für die wichtige städtische Vorlage «Kinderbetreuung konkret» hat die Geschäftsleitung ebenfalls bereits einen grösseren Beitrag bewilligt. Im Weiteren wird die Stadtpartei in der einen oder anderen Form die Kampagnen für die Bilateralen II und das Freizügigkeitsabkommen unterstützen. Ab Herbst dieses Jahres beginnen unsere Aktivitäten für die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2006. Dafür wurden bereits Rückstellungen von Fr. 300 000 gemacht. Weitere Fr. 100 000 müssen wir im 2005 erwirtschaften.

Mitgliederzahlen 1999 – 2004

Sektion							Delegierte 2004/2005
	1999	2000	2001	2002	2003	2004 (davon fix: 7 pro Sektion)	
1	89	94	93	76	74	70	9
2	176	182	168	167	165	167	12
3	281	288	287	284	302	322	18
4	171	167	162	156	144	151	12
5	147	146	148	167	166	168	12
6	212	219	213	228	238	234	15
7	202	204	207	197	199	201	14
8	124	113	109	100	106	104	10
9	214	207	208	202	200	207	14
10	238	250	246	240	228	246	15
11	189	186	171	176	176	198	13
12	171	157	150	148	144	141	12
Total	2214	2213	2162	2141	2142	2209	156

Datenbasis: Sektionsmeldungen betr. Mitgliederbeiträge 2004

Jahresrechnung der SP Stadt Zürich

BILANZ

AKTIVEN		2003	2004	Veränderung
Kasse		1'593.45	991.50	-37,8%
Potcheckkonti		364'979.82	259'796.20	-28,8%
Bankkonti		1'329.45	1'334.45	0,4%
Depositenkonti		202'372.40	302'964.90	49,7%
Kaution Livit		5'000.00	5'034.70	0,7%
Debitoren	Sektionen	200.00	-3'451.00	-1'825,5%
	Fraktion	97.00	3'078.00	3'073,2%
	Bildungsausschuss	0.00	891.15	100,0%
	Verrechnungssteuer	498.46	1'095.24	119,7%
	diverse Debitoren	27'201.40	11'554.60	-57,5%
Transitorische Aktiven		15'961.15	12'081.10	-24,3%
Wertschriften		1.00	1.00	0,0%
Mobilier		1.00	1.00	0,0%
Total Aktiven		619'235.13	595'372.84	-3,9%
PASSIVEN				
Kreditoren	Diverse	19'039.75	6'898.85	-63,8%
	Sektionen PAB	33'242.00	34'093.00	2,6%
	Kantonalpartei	242'982.55	121'588.35	-50,0%
Rückstellungen	Wahlen	200'000.00	300'000.00	50,0%
	Aktionen/GL	89'000.00	96'000.00	7,9%
	Personal	10'000.00	10'000.00	0,0%
	Rechtshilfefonds	20'000.00	20'000.00	0,0%
Gewinnvortrag Vorjahr		4'970.83	6'792.64	36,7%
Total Passiven		619'235.13	595'372.84	-3,9%

ERFOLGSRECHNUNG

AUFWAND		2003	2004	Veränderung
Personal		205'545.15	224'584.30	9,3%
Administration		80'666.34	54'687.34	-32,2%
Gremien		11'783.80	11'005.40	-6,6%
Homepage/Internet			2'153.00	100,0%
Inserate, Drucksachen, Postverteiler		54'447.95	48'765.90	-10,4%
Unterstützung Sektionen 9, 11, 12		42'006.35	32'205.70	-23,3%
1. Mai Fest 2004			35'101.00	100,0%
Kampagne Abstimmung 8. Februar			11'943.30	100,0%
Kampagne Abstimmung 16. Mai			29'248.00	100,0%
Kampagne Abstimmung 26. September			3'935.05	100,0%
Öffentliche Veranstaltungen		3'248.15	3'546.30	9,2%
Interne Veranstaltungen		12'156.35	6'404.30	-47,3%
Altersveranstaltungen		7'964.45	8'524.30	7,0%
Beiträge intern/extern		17'824.40	16'669.55	-6,5%
Diverse Kampagnen		48'274.35	2'750.15	-94,3%
Rückstellungen		162'238.00	107'000.00	-34,0%
Ausserordentlicher Aufwand		10'130.00	1'891.10	-81,3%
Gewinn		2'984.01	1'821.81	-38,9%
Total Aufwand		659'269.30	602'236.50	-8,7%
ERTRÄGE				
Mitgliederbeiträge		102'878.00	107'559.00	4,7%
Parteiausgleichsbeiträge		505'421.45	452'081.45	-10,6%
Spenden allgemein		1'700.00	2'490.00	46,5%
Abstimmungsclub		10'985.00	12'703.30	15,6%
Ausserordentliche Erträge		27'791.00	14'785.15	-46,8%
Zinsen		3'176.40	4'960.05	56,2%
Übrige Erträge		7'317.45	7'657.55	4,6%
Total Ertrag		659'269.30	602'236.50	-8,7%

Abstimmungsergebnisse 2004/2005

16. Mai 2004	SP Parolen	Ergebnis	Ja*	Nein*
Stadt (Stimmbeteiligung 43,74%)				
Erweiterung Schulanlage Falletsche	Ja	Ja	66'255	21'587
Wahl: Schulpräsidium Schwamendingen	Res Rickli (SP)	Res Rickli	1'663	
Kanton (Stimmbeteiligung 49,4%)				
Altersabzug (Steuerpaket-Wiedereinführung)	Nein	Nein	38'897	55'301
Bund (Stimmbeteiligung 52%)				
Steuerpaket	Nein	Nein	29'136	76'235
11. AHV-Revision	Nein	Nein	34'334	71'201
Anhebung Mehrwertsteuer (AHV/IV)	Ja	Nein	47'182	58'038
26. September 2004				
Stadt (Stimmbeteiligung 53%)				
Zürcher Filmstiftung	Ja	Ja	57'849	49'389
Weiterführung Heroinabgabe	Ja	Ja	80'987	26'901
Wahlkreisreform	Ja	Ja	77'396	18'494
Kanton (Stimmbeteiligung 53%)				
VI «Höhere Kinderzulagen für alle»	Ja	Nein	43'202	64'184
Sanierungsprogramm 04	Nein	Ja	48'649	47'654
Bund (Stimmbeteiligung 56,1%)				
Erleichterte Einbürgerung 2. Generation	Ja	Nein	67'213	49'796
		Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 57,4% an		
Bürgerrechtserwerb 3. Generation	Ja	Nein	71'521	45'527
		Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 61,1% an		
Mutterschaftsurlaub	Ja	Ja	76'055	40'820
VI «Postdienste für alle»	Ja	Nein	56'636	55'759
		Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 50,4% an		
28. November 2004				
Stadt (Stimmbeteiligung 34,9%)				
Übernahme der kantonalen Fernwärme	Ja	Ja	58'311	12'075
Bund (Stimmbeteiligung 37,7%)				
Finanzausgleich (NFA)	Nein	Ja	46'147	29'316
Finanzordnung	Ja	Ja	59'898	15'410
Stammzellenforschung	Ja	Ja	51'211	25'226
27. Februar 2005				
Stadt (Stimmbeteiligung 34,3%)				
Neubau Oberstufenschulhaus Albisriederplatz	Ja	Ja	51'285	18'217
Neubau Schulanlage Leutschenbach	Ja	Ja	49'995	19'704
Kanton (Stimmbeteiligung 36,9%)				
Sicherheitstrakt Forensik Rheinau	Ja	Ja	49'880	20'507
Neue Kantonsverfassung	Ja	Ja	52'005	19'285
Ersatzwahl Regierungsrat	Hollenstein (CVP)	Hollenstein Genner Bortoluzzi	27'901 13'981 17'467	
10. April 2005				
Kanton (Stimmbeteiligung 34,4%)				
2. Wahlgang Ersatzwahl Regierungsrat	Hollenstein	Hollenstein Heinzelmann	50'193 19'387	

* Die Zahlen zeigen die Resultate in der Stadt Zürich



Ein Grund zum Feiern – endlich geschafft: die Mutterschaftsversicherung.

TALON FÜR INTERESSIERTE, NEUGIERIGE UND BEITRITTSWILLIGE

Die SP interessiert mich.
Schicken Sie mir Ihre Unterlagen.

Die SP gefällt mir.
Ich trete der Partei bei.

Ich habe noch Fragen.
Rufen Sie mich bitte an.

VORNAME / NAME:

PLZ / ORT:

STRASSE / NR.:

TELEFON:

DATUM / UNTERSCHRIFT:

IMPRESSUM: Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, SP Stadt Zürich, Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich, Tel. 044 242 82 66, Fax 044 242 82 69, e-Mail: spstadtzh@spstadtzh.ch, Internet: www.spstadtzh.ch **Produktion:** Susanne Twerenbold. **Layout:** Thierry Frochoux. **Lektorat:** Paul Sprecher. April 2005. Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzel-exemplare gratis.